

## **Fahrplanwechsel -**

Für mehr Demokratie und Solidarität und weniger Blocher

Herausgeber:

Andreas Gross, Fredi Krebs

Felix Lautenschlager, Martin Stohler

Titelblatt, Illustrationen:

Julia Maria Imhoof

Verlag, Copyright, Produktion & Satz:

Editions le Doubs

Case Postale 65

CH-2882 St-Ursanne

I. Auflage August 2007

ISBN 978-3-9522627-2-6

## Inhalt

Otto Stich:	
Konsequenzen ziehen!	10
Gross/Krebs/Lautenschlager/Stohler:	
Vorwort der Herausgeber	13
Dimitri	
Non Blocher - c'est trop cher!	15
 <i>I Die SVP und die Folgen</i>	
Gross/Krebs/Lautenschlager/Stohler:	
Anregungen zu mehr gemeinsamem Nachdenken	17
Fredi Krebs:	
Nervöse Überreaktion. Die historische Aufgabe der SVP	33
Jakob Tanner:	
Meinungsfreiheit und Diskriminierungsverbot	38
Jean-François Steiert:	
SVP im Welschland. Schrumpfende Eigenheiten	47
Beat Allenbach:	
Der Sonderfall Tessin	55
Martin Bühler:	
Mut zur politischen Utopie	61
 <i>II Die Blocherisierung der Schweiz</i>	
Hans-Peter Bärtschi:	
Keine Macht ohne Wirtschaftsbasis	71
Kurt Imhof:	
Von der Kuh-Schweiz zur Geissbock-Schweiz!	79
Roger Nordmann/François Cherix:	
Impertinenz und Machtanspruch. BR Blochers Sündenregister	89
 <i>III Rücksichtslos gegen die Ei(ge)nen</i>	
Dick Marty:	
Die leise Verachtung der Gerichte und der Rechtssprechung	105
Silvia Schenker:	
Risse im Sicherheitsnetz	114
Hilde Fässler:	
Die Finanzpolitik könnte Ihre Gesundheit gefährden!	119

Ueli Mäder:	
Flüchtige Begegnungen	124
Rudolf Rechsteiner:	
Partei ohne Bodenhaftung	132
Pierre Siegrist:	
Die Self-Fulfilling Prophecy in der SVP-Bildungspolitik	137
Peter Ettler:	
Die Demontage des Umweltrechts bedroht den Rechtsstaat	142
Hansueli Gürber:	
Jugendstrafrecht. Integration statt Ausschluss	148
Jakob Tanner:	
Geschichtsschreibung und Rechtssprechung	155

#### IV *Rücksichtslos gegen die Anderen*

Georg Kreis:	
Für ein Bundeshaus, das gegen Rassismus antritt	163
Josef Lang:	
Politische Kontinuitäten im Nationalkonservatismus	176
Marc Spescha:	
Wie sich die SVP in der Ausländerpolitik durchsetzen konnte	181
Martin Stohler:	
Wie sich die SVP bei Einbürgerungen nicht durchsetzen kann	188
Jo Moubiala:	
Christoph Blocher aus afrikanischer Sicht	194
Dominik Gross:	
Von der Dekonstruktion der Grenze	199
Andreas Gross:	
Für Nationalkonservative zählt die Linke nicht zur Heimat	206

#### V *Ein europäischer Volksparteienvergleich*

Gilbert Casarus:	
Blocher schadet dem schweizerischen Demokratieverständnis	211
Frank Jensen:	
Volkspartei auf dänisch. Vormodernes Demokratieverständnis	219

#### VI *Die Banalisierung der Konkordanz. Oder:*

*Wie können wir es ohne die SVP besser machen?*

Andreas Gross:	
Der traurige Anfang eines totalitären Diskurses	225

Martin Schaffner:	
Ich bin das Volk. Ein absolutistisches Demokratieverständnis	228
Jean-Daniel Delley:	
Volkssouveränität bedeutet nicht Volksabsolutismus	232
Martin Stohler:	
«Volkswille»	237
Daniel Vischer:	
Konkordanz von Fall zu Fall - Bundesrat und Macht	241
Andreas Gross:	
Die kleine Chance der kleinen Konkordanz	251

#### *VII Reflexionen, beantwortete und unbeantwortete Fragen*

Andreas Gross:	
Präsidiales Schweigen	261
Christophe Darbellay:	
Ich wage noch, an das helvetische Genie zu glauben	267
Arnold Koller:	
Konkordanz ist mehr als Arithmetik oder Proporz	270
Ueli Maurer:	
Die SVP hat die Schweiz verändert	272
Ruth Genner:	
Wir müssen zu einer qualitativen Konkordanz kommen	281
Daniel Brélaz:	
Konkordanz und Blocher sind inkompatibel	286
Andreas Rieger:	
Die SVP ist eine Partei mit einem janusköpfigen Chef	290

#### *VIII Was tun vor den Wahlen, damit wir nach den Wahlen mehr tun können?*

Jürg Ulrich:	
Sind Wahlen nur Wahlen?	297
Hans Widmer:	
Vom Umgang mit dem Zweifel in der Politik	302
Martin Stohler:	
Recht auf Arbeit im 21. Jahrhundert	307
Andreas Gross:	
Der Schlüssel zur Überwindung der Krise der Linken	312

Zu den Autoren und Autorinnen	318
-------------------------------	-----

## Flüchtige Begegnungen

Von Ueli Mäder

*Am 26. März 2007 referierte Christoph Blocher an der Universität Basel. Die Statistisch Volkswirtschaftliche Gesellschaft Basel lud zum Vortrag ein. Ich hörte dem Bundesrat interessiert zu. Der Staat lähmt die Leute, indem er sie zu sehr fördert, argumentierte der Bundesrat und plädierte dafür, das Naturgesetz zu akzeptieren, dass der Schwache stirbt. Zu schützen gelte es wohl die Grundrechte, allen voran die Eigentums-garantie. Auch die Bildung sei zu unterstützen. Und der Fürsorge obliege es, niemand verhungern zu lassen. Diese gesellschaftliche Aufgabe sei klar zu regeln. Weil der Staat aber zu viel Geld habe, konzentriere er sich nicht auf das Wesentliche, kritisierte der Bundesrat und stiess damit auf offene Ohren. Ich frage mich, was seine Politik so verführig macht und was sich ihr entgegen setzen lässt.*

Einen schlanken Staat postulierte Christoph Blocher schon im Frühjahr 1999 an einer Veranstaltung der Basler Sektion der Schweizerischen Volks Partei (SVP), die sich eben konstituierte. Tausend Personen kamen und bezahlten zehn Franken Eintritt. Christoph Blocher attestierte dem Publikum deshalb ein hohes politisches Bewusstsein. Ein Mann hätte sogar ohne weiteres fünfzig Franken bezahlt, witzelte Christoph Blocher. Doch so viel wie er wert sei,

könne ohnehin niemand im Saal bezahlen. Die lieben Mannen und Frauen applaudierten. Sie taten das auch, als Christoph Blocher ihnen sagte: «Wir können schon der Europäischen Union beitreten. Ich kann diesen ökonomischen Blödsinn ja bezahlen, aber Ihr nicht.» Christoph Blocher mokierte sich in seinem Vortrag immer wieder über die Europäische Union (EU). Um den «Sozialausbau ohne Ende» zu beweisen, rundete er die Basel-Städtische Sozialquote um fast hundert Prozent auf. Von mir auf diesen Unfug angesprochen, verwies er treuherzig auf die lokale Parteipräsidentin. Sie habe ihm das so gesagt und müsse es als Baslerin wohl wissen.

### Balsam für verletzte Seelen

Christoph Blocher illustrierte in seinem Vortrag auch die Schläue seiner Partei. Die SVP brauche bloss ein wüstes Plakat von einem Messerstecher oder einem kriminellen Fremden zu projizieren. Die Medien würden dann den Rest besorgen und unablässig darüber berichten. Das sei beste SVP-Werbung. Dass die *Ausschwitz-Lüge* bestraft, die *Lenin-Lüge* hingegen toleriert werde, stört Christoph Blocher. Er erinnerte in seinem Vortrag an die kommunistischen Lager und regte an: Statt für die Solidaritäts-Stiftung solle die Schweiz die sieben Milliarden Franken «*Totengold*» (sic.) lieber für die AHV frei machen. Sie müsse dies auch deshalb tun, «damit die Alten nicht länger den Jungen zur Last fallen». Ja, wir dürften den Kannibalismus an den Generationen von morgen nicht zulassen, erklärte Parteipräsident Ueli Maurer bereits am Sonderparteitag der SVP vom Frühjahr 2000. Und Christoph Blocher führte an der Basler Veranstaltung weiter aus, die Schweiz zocke jene ab, die für Familien sorgen. Dem Stimmvolk empfahl er, die Steuern zu senken, «damit dem eigenen Schatz mehr zum Leben bleibt». Heiteres Gelächter und weiteren Sonderapplaus erntete Christoph Blocher auch für seine Aussage, er könne im Berner Bundeshaus leider nicht alleine regieren, «dort, wo alle Verantwortung tragen, aber niemand weiss für was».

Der Bundesrat kommt mit seinen Reden gut an, obwohl er kurze Schlüsse aneinander reiht, sich gerne selbst brüstet und über andere erhebt. Christoph Blocher habe ihm aus dem Herz gesprochen, beteuerte in der Mustermesse ein damals noch sozialdemokratischer Anwalt und Kabarettist, der heute in der SVP politisiert und Reden für parlamentarische Abgeordnete schreibt. Er ist als Mann im Hin-

tergrund für das Grobe zuständig, das andere laut hinaus posaunen. Ich interviewte ihn nach dem Vortrag von Christoph Blocher in der Mustermesse fürs Radio und meinte zunächst, er scherze bloss. Später erläuterte er mir, wie «der Missbrauch von Asylanten» seine Gesinnung änderte. Zudem faszinierte ihn Christoph Blocher persönlich sehr. Zu dieser Anziehung wollte ich mehr erfahren. Ich besuchte die beiden Schwestern von Christoph Blocher, Sophie Blocher und Judith Giovanelli-Blocher.

Sophie Blocher war gerade selbst irritiert über ihren Bruder. Er weigere sich, ihr Obdachlosenheim zu unterstützen und investiere lieber in produktive Projekte. Vermutlich sei Christoph so erfolgreich, erklärte die andere Schwester, Judith Giovanelli-Blocher, weil er konsequent handle, klare Prinzipien verfolge und von seiner Botschaft selbst überzeugt sei. Zudem halte er die Selbstverantwortung hoch und lege sich enorm ins Zeug. Das imponiert auch der engagierten Sozialarbeiterin und Schriftstellerin. Ihr Mann ist ein ehemaliger Arbeiter und italienischer Kommunist. Mit ihm versteht sich Christoph Blocher seit Jahren gut. Der Bundesrat wendet sich gerne direkt an das Volk und an die einfachen Leute. Er gibt ihnen das Gefühl: Wir sind eine Familie. Wir halten zusammen. Wir tragen Sorge zu unserer Schweiz. Das verbindet; das vermittelt Geborgenheit und wirkt wie Balsam für verletzte Seelen. Die Linken und die Netten wollen hingegen die Heimat an die Europäische Union verschaukeln. Sie sind unentschlossen und orientierungslos. Weil sie daheim keine Ordnung haben, wollen sie die ganze Welt retten, psychologisiert Christoph Blocher.

#### Kritik an eigenen Schatten

Christoph Blocher sagt den Leuten «habt keine Angst» und macht ihnen Angst. Er verunsichert sie und bietet ihnen simple Lösungen an: «Wenn wir in unserer Schweiz die Zahl der Ausländer reduzieren, erhöhen wir die eigene Arbeitsplatzsicherheit», analysierte er in seinem Vortrag an der Universität Basel. Das überzeugt viele. Ebenso der «Mut zum Alleingang». Das Postulat wirkt standfest und korrespondiert mit einem trotzigem Kern, keinem widerständig emanzipatorischen. Wir schaffen es selbst, heisst die Botschaft, «ohne UNO-Beitritt, ohne Zentralismus und ohne Konferenztourismus». Der Sonderfall Schweiz wertet uns auf. Wir sind etwas Besonderes.

Christoph Blocher redet zudem anschaulich und beispielhaft. Er bringt die Leute zum Lachen; oft auf Kosten von andern, die er veräppelt. Christoph Blocher kritisiert Politiker als Landesverräter und Wendehälse, demontiert deren angebliche Allmacht und gebärdet sich selbst schier omnipotent. Weil er alle Fragen auf einfache ideologische Grundsätze zurückführt, kann er sie stets einfach beantworten. Deshalb muss er, selbst erklärt, auch nie seine Meinung ändern. Zu den *gewöhnlich Sterblichen* sagt er: Ich bin einer von Euch, bloss besser als Ihr.

Populistische Strömungen benötigen charismatische Führer. Und charismatische Führer benötigen das Volk. Sie kennen die Wünsche der *kleinen Leute*, die sie für ihre Ziele im *politischen Feld* (Bourdieu 2001) mobilisieren. Das ist ein Ort, an dem politische Produkte hergestellt werden, unter denen die auf den Status von Konsumierenden reduzierten gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger wählen sollen. Populistische Kräfte drängen derzeit im westlichen Europa vorwiegend *Rückwärts nach rechts* (Scharsach 2002). Sie negieren vorhandene Klassengegensätze, beschwören das *Volksganze* und schüren die Blockbildung. Sie attestieren *dem Volk*, das sie unmündig behandeln, *politisch reif zu sein*. Sie emotionalisieren Konflikte mit einem Freund-Feind-Schema. Dem politischen Establishment unterstellen sie, den Volkswillen zu ignorieren und lenken davon ab, selbst dem Establishment anzugehören. Die Verhöhnung von Machträgern demonstriert die eigene Volksnähe. Sie legitimiert die persönliche Macht, die sich so breiter abstützen lässt. Sicherheit konstituiert sich nach populistischem Verständnis nicht, indem sich die Politik ernsthaft darum kümmert. Die populistische Politik versucht im Namen des Volkes die politische Klasse in ihrer Macht zu beschränken und sich selbst als solche zu installieren. Der *Classe politique* steht die *Selbstverantwortung und Freiheit der Bürger* und ihrer selbst ernannten Führer entgegen (Burri 2007), die es charismatisch und autoritär zu schützen gilt. Christoph Blocher wirft der *Classe politique* vor, das Volk zu verschaukeln. Seine Kritik richtet sich an die Adresse seines eigenen Schattens.

#### Das liebe Geld

Der Politologe Claude Longchamp (SonntagsZeitung, 10.12.2000) kritisierte einst den früheren Nationalrat Christoph Blocher dafür,



das Parlament vor allem als Werbebühne zu benützen. Und der freisinnige Altbundesrat Rudolf Friedrich monierte, wie Christoph Blocher schon als Noch-nicht-Bundesrat mit viel Geld und Werbung einzelne Volksentscheide zu beeinflussen versuchte (TA, 17.7.1999). «Werbung will ja beeinflussen, und sie kann es auch», schrieb Friedrich. «Geld bedeutet auch in der Politik Macht. Und viel Geld heisst auch hier viel Macht. Geld hat in der politischen Propaganda schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Zwei Dinge aber sind neu: Erstens wird Geld in einem bisher unbekannten Ausmass ausgegeben. Seit langem investiert die SVP auch ausserhalb von Wahlkampfzeiten Millionen über Millionen in ihre Werbung. Zweitens geht es hier nicht einfach um Parteipropaganda, sondern um Propaganda eines Mannes für den Aufbau einer persönlichen Machtposition.»

Louis Kuhn, ehemaliger Ombudsmann des Kantons Baselland, wandte sich ebenfalls an die SVP und den «grossmannsüchtigen Zürcher» (bz, 17.3.00). Er rief ihnen eine zentrale Passage des *Fähnleins der sieben Aufrechten* in Erinnerung. «Glücklicherweise», so schrieb der unerschrockene Gottfried Keller Mitte des 19. Jahrhunderts, «gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute; der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben! (...) Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet oder erspart worden zu sein; dann wird es gelten dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahmentuch!»

Mittlerweile ist das *liebe Geld* in der Schweiz sehr einseitig verteilt. Drei Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen über gleich viel steuerbares Nettovermögen wie der grosse Rest. Die Kluft hat sich in den letzten Jahren auch bei den verfügbaren Einkommen verschärft. Eine Viertelmillion Arbeitskräfte verdienen weniger als das Existenzminimum. Der Wandel der Arbeit (Buss Notter 2006) führt, stark vereinfacht, von der Gemeinschafts- zur Marktlogik. Lange Anstellungen weichen dem rasch kündbaren Job. Angebot und Nachfrage entscheiden über die Ware Arbeit. Rationales Kalkül ersetzt das Gewohnheitsrecht. Der Arbeitsvertrag mutiert zum Zweckvertrag. Er gilt vorwiegend in guten Tagen. Neue Firmenkulturen verabschie-

den Kontinuität. Sie verlangen mehr Risiko und Flexibilität. Das führt zu biographischen Brüchen. Die verlangte Mobilität sprengt die vertraute Territorialität. Sie kündigt Heimat auf. Arnold Vetterli arbeitet beispielsweise schon 15 Jahre in einem Unternehmen. Seit der Fusion ist er zwar weiterhin im Überwachungsdienst tätig, aber im Auftrag einer ausgelagerten Firma. Früher gehörte er zur Familie. Die neue Führung erlebt er als anonym. Der nur noch befristete Arbeitsvertrag bereitet ihm schlaflose Nächte. Die ungewisse Zukunft beeinträchtigt auch die Kollegialität. Sie führt zu einem Rückgang an Loyalität, Respekt und Vertrauen. Arnold Vetterli ist erzürnt. Aber warum unterstützen Leute wie er gleichwohl jene Partei, die diese Abbaupolitik betreibt?

### Von Resignation zur Empörung

Wir untersuchten in zwei Nationalfondsprojekten, was dazu führt, dass erwerbstätige Arme auf keine Unterstützung durch die Sozialhilfe mehr angewiesen sind. Wir analysierten unter anderem die Lage von 260 aktuellen und 140 ehemaligen working poor. Bei den ehemaligen working poor stellten wir fest, dass rund 50 % ihre Situation durch ein höheres Einkommen verbessern konnten; die Hälfte von ihnen durch die Ausweitung des Erwerbsgrades in prekäre Arbeitsbereiche. Diese Form der (Erwerbs-)Integration ist instabil. 25 % weitere verbesserten ihre Situation, weil sie eine IV-Rente erhielten. Die restlichen 25 % erhöhten ihr Haushaltseinkommen durch die Veränderung ihrer Lebensform, beispielsweise durch Heirat (mit Doppelverdienst) oder durch den Wegfall von Unterstützungspflichten (Auszug von Kindern). Um sich finanziell zu sanieren, verschlechterten viele ehemalige working poor ihre Wohnlage. Sie zogen in engere Wohnungen in benachteiligten Quartieren.

In früheren Armutsstudien (Mäder 1999) überwog der Eindruck, working poor seien als Erwerbstätige relativ integriert und bräuchten, wie Alleinerziehende, vorwiegend Geld. In der neuen Studie über working poor stellen wir indes eine Kumulation sozialer Probleme fest, die sich mit anhaltender Abhängigkeit ergibt. Früher fiel uns auch ein starker innerer Rückzug von Armutsbetroffenen auf, die sich für Verhältnisse verantwortlich fühlen, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns dieses Verhalten durch den hohen Individualisierungsgrad und die Tabuisierung der Armut,

die dazu führt, dass Betroffene nach aussen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung. Heute habe ich den Eindruck, dass sich resignative Haltungen, die sich hinter den Fassaden verbergen, mehr in eine Empörung verwandeln. Das hängt wohl mit der grösseren Transparenz über soziale Ungleichheiten zusammen. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während Manager hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Die Empörung fördert da und dort die Bereitschaft, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie erhöht aber auch die Gefahr, Halt bei populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnung anstreben. «Putzfrauen wählen heute nicht mehr SP», frohlockt SVP-Präsident Ueli Maurer (BaZ, 30.4.2007).

### Neue Verbindlichkeit und Identität

Am 24. November 2006 feierte die Universität Basel ihren *Dies Academicus*. Abends war im Landgut Castelen ob Augusta Raurica Lord Ralf Dahrendorf zu Gast. Der wirtschaftsfreundliche Soziologieprofessor wirkte viele Jahre als Direktor der London School of Economics. Seit geraumer Zeit postuliert er, über progressive Steuern finanziert, ein *Bürgergeld* einzuführen. Denn Freiheit setze Sicherheit voraus. Das beteuerte der Liberale auch am 17. Dezember 2005 in der Sternstunde Philosophie im Schweizer Fernsehen. Darauf angesprochen, was der von ihm postulierte *schlanke Staat* umfasse, nannte er eine Staatsquote von 35 % bis 45 % des Brutto-Sozialproduktes und lobte die Schweiz dafür, sich innerhalb dieser Grenzen zu bewegen.

Soziologe Pierre Bourdieu zeigt in seinem Buch über *Das Elend der Welt* (1997), wie sozialstaatliche Hilfe familiäre Bande und gemeinschaftliche Solidarität teilweise überlagerte und durch neue Abhängigkeiten ersetzte. Dieser Verdrängungsprozess lässt sich kritisieren, aber nicht rückgängig machen. Denn ein Abbau sozialer Leistungen führt dazu, Lasten auf Einzelne abzuwälzen. Das überfordert jene, die Unterstützung benötigen. Eine gute soziale Infrastruktur fördert indes eigene Anstrengungen. Selbsthilfe ergänzt sozialstaatliche Leistungen. Zu wenig Hilfe überfordert die Individuen, zu viel Hilfe lähmt und bevormundet sie. In der Schweiz ist die Subsidiarität stark ausgeprägt. Dazu gehört unabdingbar die Solidarität. Sie verhindert die Spaltung der Gesellschaft. Konkret geht es darum, Arbeit und

Erlös besser zu verteilen und die Grundsicherung zu stärken. Ergänzungsleistungen liessen sich beispielsweise auf alle Haushalte ausweiten, die über zu wenig Einkommen verfügen.

Soziale Sicherheit reicht aber über die materielle Vorsorge hinaus. Sie strebt ein freiheitliches Zusammenleben an. Zwangsgeborgenheiten und enge Kontrollen beeinträchtigten früher dörfliche Idyllen. Viele Menschen zogen daher sachlich distanzierte Beziehungen in städtischer Anonymität vor. Diese erweisen sich aber als recht brüchig. Das fördert wiederum die Bereitschaft, verbindlichere soziale Bande einzugehen, und zwar nicht wie früher aus Angst oder Not, sondern frei gewählt. Komplexe Strukturen erfordern heute ein Differenzierungsvermögen, das die Pluralität berücksichtigt. Neue Identitäten lassen Widersprüche zu, ohne in Beliebigkeit abzudriften.

Neue Verbindlichkeiten beinhalten eine Offenheit, die nicht alles offen lässt. Sie entsagen jener Gemütlichkeit, die trügerisch Halt verspricht. Statt primär das wirtschaftliche Wachstum und private Gewinne zu forcieren, gilt es auch zu fragen: wozu das alles? Wer den politischen Rezepten von Christoph Blocher etwas entgegen setzen will, muss diese Frage nach dem tieferen Sinn unseres Handelns in den Alltag integrieren.

## Quellen

- Bourdieu Pierre, Das politische Feld, UVK, Konstanz 2001  
Bourdieu Pierre, Das Elend der Welt, UVK, Konstanz 1997  
Burri Anja, Die Classe politique, Institut für Soziologie, Basel 2007  
Buss Notter Andrea, Soziale Folgen ökonomischer Umstrukturierungen, UVK, Fft 2006  
Kutzner Stefan, Mäder Ueli, Knöpfel Carlo, Working poor in der Schweiz, Rüegger, Zürich 2004  
Mäder Ueli, Für eine solidarische Gesellschaft, rpv, Zürich 1999  
Mäder Ueli, Streuli Elisa, Reichtum in der Schweiz, rpv, Zürich 2002  
Scharsach Hans-Henning, Europas Populisten, Überreuter, Wien 2002  
Wirth Hans-Jürgen, Narzissmus und Macht. Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik, Psychosozial-Verlag, Giessen 2002.